

II-505 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates
X. Gesetzgebungsperiode

10.12.1964

190/J

A n f r a g e

der Abgeordneten Dr. K u m m e r , Dr. Josef G r u b e r , H a r w a l i k
und Genossen
an den Bundesminister für soziale Verwaltung,
betreffend Abhaltung von Vorträgen und Diskussionen zur
Studien- und Berufsberatung durch freie Verbände.

-.-.-.-.-

Einige freie Organisationen, im besonderen Jugend- und Studentenorga-
nisationen, veranstalten seit längerer Zeit Vorträge und Diskussionen
über Ausbildungswege und Berufsmöglichkeiten. Diese Veranstaltungen er-
strecken sich meistens auf Maturanten in Ansehung der Entscheidung für das
weitere Hochschulstudium.

Das Bundesministerium für soziale Verwaltung hat nun eine dieser
Organisationen davon in Kenntnis ^{gesetzt,} dass es die Abhaltung solcher Veranstal-
tungen in Hinsicht auf die von "Sozialverwaltung und Schulverwaltung ge-
meinsam durchgeführten offiziellen Veranstaltungen als überflüssig" be-
trachtet. Als Begründung wird die Konkurrenz zu diesen Veranstaltungen an-
geführt, weiters die Erwartung, dass auch andere Verbände ähnliche Aktivi-
täten ergreifen, was den Maturanten die Berufswahl angeblich nicht er-
leichtern würde.

Das Bundesministerium legt in der Folge nahe, auf solche Aktivitäten
zu verzichten. Weiters informiert das Bundesministerium davon, dass es diese
Frage wegen ihrer grundsätzlichen Bedeutung mit dem Bundesministerium für
Unterricht und der Österreichischen Hochschülerschaft behandeln wird.

Die gefertigten Abgeordneten stellen daher die

A n f r a g e :

- 1) Auf welche Gesetzesstellen, Herr Minister, stützen Sie Ihre Ansicht,
dass in Hinkunft freie Verbände auf Durchführung von Veranstaltungen
zur Studienberatung verzichten sollen?
- 2) Betrachten Sie, Herr Minister, diese Ansicht Ihres Ministeriums nicht
als dem Art. 12 Staatsgrundgesetz widersprechend?

-.-.-.-.-